



Protokoll des Einwohnerrats

XIII. Legislaturperiode 2020–2024

27. Sitzung vom 6. November 2023

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 21.25 Uhr

Leitung: Roman Oberli (Präsident)

Anwesend: 39 Mitglieder

Entschuldigt: Sven Inäbnit

Nayna Vanoncini anwesend bis 21.15 Uhr

Präsident:

Roman Oberli

Protokoll:

Linda Gerstner

Begrüssung

Einwohnerratspräsident Roman Oberli, SVP heisst die Anwesenden herzlich willkommen zur heutigen Sitzung. Er begrüsst die anwesenden Gäste und insbesondere die Einwohnerratspräsidentin von Liestal, Anja Weyeneth, die die Einwohnerratssitzung heute Abend im Rahmen eines Austauschs der Einwohnerratspräsidenten besucht. Umgekehrt wird der Präsident Ende November die Einwohnerratssitzung in Liestal besuchen. Ebenfalls begrüsst er die Vertreter der Medien und weist darauf hin, dass das Gemeinde TV wieder Filmaufnahmen machen wird. Der Präsident heisst auch die Mitarbeitenden der Verwaltung willkommen, Linda Gerstner, die das Protokoll erstellt und die Abstimmungsanlage bedient, und Verwaltungsleiter Christian Häfelfinger. Ausserdem begrüsst er die Gemeindepräsidentin ad interim Caroline Rietschi und die Mitglieder des Gemeinderats. Zudem heisst er alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte willkommen. Heute das erste Mal dabei sind Nayna Vanoncini und Kevin Lancashire. Er wünscht den beiden viel Spass und gutes Gelingen im parlamentarischen Betrieb.

Leider gibt es auch einige Rücktritte zu vermelden und dies gleich von einem Achtel des Rats. Namentlich sind es Carole Inäbnit, Susanna Keller und Jürg Blaser, die per morgen, 7. November 2023 zurücktreten und Stefanie Glaser sowie Daniel Zimmermann, die per 30. November 2023 ihr Amt niederlegen. Die Verabschiedungen nimmt der Präsident am Schluss der Sitzung vor.

Präsenz

Für die Sitzung entschuldigt ist Sven Inäbnit, FDP. Somit sind 39 Ratsmitglieder anwesend. Das absolute Mehr liegt bei 20 und das Zweidrittelmehr bei 26.

Mitteilungen des Präsidenten

Am 25. Oktober 2023 wurde der Binninger Sportförderpreis vergeben. An dieser Stelle möchte der Präsident den Gewinnerinnen und Gewinnern herzlich gratulieren. Ausserdem wurde am Freitag vor einer Woche beim Kronenplatzkeisel eine neue Eiche gepflanzt. Durchgeführt und gesponsert wurde die Aktion von der Alabor Gartenbau AG, die der Gemeinde jedes Jahr einen Baum schenkt. An dieser Stelle möchte er das Binninger Gewerbe generell darauf hinweisen, dass man sich, wenn etwas für das Binninger Gemeindewohl gemacht wird, gerne bei ihm melden kann. Er wird das dann an der nächsten Ratssitzung erwähnen.

Bevor er zur Traktandenliste kommt, möchte der Präsident wie üblich eine Probeabstimmung durchführen. Alle Geräte funktionieren ordnungsgemäss.

Neue Vorstösse

Nr. 181, Postulat N. Eldridge, Mitte/GLP: Erneuerung Turnhallenboden Spiegelfeld

Traktandenliste

://: Die Traktandenliste wird gutgeheissen.

	Gesch. Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 25. September 2023	
2. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 10.10.2023 Neue Führungsstrukturen der kommunalen Schulen Geschäftskreisführung: Rahel Bänziger	179

3.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 19.10.2023 Mutation Gewässerraum Rümelinbach Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	180
4.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 17.10.2023 Schlussabrechnung Sanierung Zivilschutzanlage (ZSA) Wassergraben Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger	22
5.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 17.10.2023 Dringliche Motion M. Schinzel, FDP: Die Binninger Strassen sind nachts wieder zu beleuchten Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	175
6.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 10.10.2023 Motion GRPK: Berichterstattung der Behörden Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	162
7.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 26.09.2023 Interpellation S. Hauri, Grüne/EVP: Freiraum im Zentrum Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger	168
8.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 10.10.2023 Interpellation D. Zimmermann, FDP: Generalplaner - Chancen und Risiken? Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	170
9.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 12.09.2023 Interpellation Th. Häfele, FDP: Sportplätze in Binningen heute und in Zukunft Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger	174
10.	Diversa	

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 25. September 2023

Einwohnerratspräsident Roman Oberli, SVP teilt mit, im Büro seien keine Änderungen beantragt worden. Gibt es Änderungswünsche aus dem Rat? Das ist nicht der Fall.

BESCHLUSS

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 2

Gesch. Nr. 179

Neue Führungsstrukturen der kommunalen Schulen

Thomas Hafner, Mitte/GLP erklärt, das Eintreten bestreite seine Fraktion nicht. Die Mitte/GLP erwartet aber, dass die betroffenen Mitglieder im Einwohnerrat, welche zugleich Mitglieder des Primarschulrats Binningen sind, von sich aus in den Ausstand treten. Der Grund ist Befangenheit. Behördenmitglieder entscheiden nicht selbst über das Fortbestehen einer angehörenden Behörde. Das entspricht nicht seinem Verständnis der Machtverhältnisse von einzelnen Personen in dieser Gemeinde. Wenn kein freiwilliger Ausstand erfolgt, stellt die Fraktion folgenden Antrag: «Die betroffenen Mitglieder im Einwohnerrat, welche zugleich Behördenmitglieder im Primarschulrat Binningen sind, müssen in den Ausstand treten.» Dies steht auch in der Geschäftsordnung des Einwohnerrats in Paragraph 6 und in der Gemeindeordnung in Paragraph 16.

Präsident Roman Oberli, SVP geht davon aus, dass es dem Antragsteller um das Abstimmungsverhalten geht. Sonst wäre die zuständige Gemeinderätin ebenfalls betroffen.

Simone Abt, SP versteht den Antrag nicht ganz. Heisst dies, dass sie den Saal verlassen sollen oder heisst es, dass die betroffenen Personen nicht mitabstimmen dürfen.

Thomas Hafner, Mitte/GLP wäre es sogar gleichgültig, wenn die Betroffenen mitberaten würden. Aber es steht klipp und klar in der Geschäftsordnung des Einwohnerrats: «Ausstand: Mitglieder treten bei Geschäften, die sie unmittelbar betreffen in den Ausstand. Die Ausstandspflicht gilt für Vorbereitung, Beratung und Beschlussfassung eines Geschäfts. Über Ausstandsbegehren entscheidet der Rat.»

Der Präsident äussert, dies sei korrekt. Es steht aber nirgends, dass sie den Raum verlassen müssen. Es steht nur, dass sie nicht partizipieren dürfen.

Für *Christoph Daniel Maier, FDP* kommt der Ausstandsantrag etwas überraschend. Es wäre anständig gewesen, wenn man diesen z.B. im Büro angekündigt hätte. Trotzdem, in Ausstand treten sollte man in den Angelegenheiten, wo man direkt, also als Person, betroffen ist und nicht als gewählter Vertreter einer Behörde. Im Schulrat ist man ausgeglichen vertreten und die Vertreter, die im Schulrat sitzen, nehmen u.a. die Interessen des gesamten Einwohnerrats wahr. Der Redner fände es sehr schade, wenn der Rat in der Beratung dieses Geschäfts auf den Sachverstand der Einwohnerratsmitglieder verzichten müsste, die sich mit diesem Thema am meisten beschäftigt haben und die dem Parlament auch in der Entscheidungsfindung ihre Sichtweise mitteilen könnten. Ob sie dann schlussendlich an der Abstimmung teilnehmen möchten oder nicht, ist jedem Mitglied selbst überlassen.

Einwohnerratspräsident Roman Oberli, SVP erläutert, es liege ein Antrag der Mitte/GLP-Fraktion vor. Zur Klarstellung: Ausstand bedeutet, dass die Betroffenen keine Wortmeldungen machen und nicht abstimmen dürfen während dieses Geschäfts. Sie müssen den Saal aber nicht verlassen.

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP findet, der Antrag komme relativ spät. Ihre Fraktion hat die Voten verteilt und zu diesem Geschäft würde sie das Votum halten.

Thomas Hafner, Mitte/GLP äussert, man könne das Votum auch einem Kollegen geben und dieser hält es dann. Das ist auch ok. Für ihn ist es eine Frage der Loyalität. Es geht um Mandatsgelder. Es geht darum, den eigenen Job zu behalten. Ja oder Nein. Das hat ein Ansehen.

Thomas Häfele, FDP wäre froh, wenn man kurz festhalten könnte, welche Ratsmitglieder davon betroffen wären.

Präsident Roman Oberli, SVP informiert, dass es namentlich Beatrice Büschlen von der Grünen/EVP-Fraktion und Marc Schinzel von der FDP-Fraktion wären.

ABSTIMMUNG

Der Präsident lässt über den Antrag der Mitte/GLP abstimmen: «Die betroffenen Mitglieder im Einwohnerrat, welche zugleich Behördenmitglieder im Primarschulrat Binningen sind, müssen in den Ausstand treten.»

Ausstandspflicht: 6 JA / 28 NEIN / 3 Enthaltungen (Abstimmung 02, siehe Anhang)

://: Der Antrag der Mitte/GLP wird abgelehnt.

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Thomas Hafner, Mitte/GLP dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für den sehr ausführlichen Bericht. Wie vom Kanton Baselland angekündigt, müssen sich alle Gemeinden im Kanton für eines der drei neuen Führungsmodelle entscheiden. In vielen Gemeinden wurde bereits entschieden. Das Thema wurde bei vielen Gemeindeversammlungen relativ emotional und mit vielen vorgefertigten Meinungen geführt. Änderungen in der Gesellschaft haben es vielfach schwer. Einige möchten Veränderungen gar nicht erst zulassen. Es wird sich in Zukunft zeigen, ob der Landrat dem Bildungssystem mit dieser Änderung eine Qualitätsverbesserung verordnet hat. Es fragt sich, ob es wirklich optimal ist, wenn in jeder Gemeinde ein anderes Schulmodell angewendet wird. Die Frage darf erlaubt sein: Was ist für die Schule wichtiger, ein einheitlich geführtes kommunales Schulführungssystem im ganzen Kanton oder die Hoheit der Gemeindeautonomie? Man darf also heute hier in Binningen gespannt sein auf die Voten der Parteien.

Der Entscheid war auch für die Mitte/GLP nicht einfach. Welches Modell soll sie verfolgen? Was ist sinnvoll? Was hat man heute und jetzt? Was sollte besser werden? Wählen wir heute sogar ein komplett neues Schulführungsmodell? Welche Erfahrungen hat die Schulrätin der Mitte/GLP gemacht und welche Meinung vertritt sie? Vielleicht geht der Schuss am Schluss sogar in die falsche Richtung und es kommt zu einer Verschlechterung anstelle der erhofften Verbesserung mit einem neuen Schulführungssystem. Es sind Fragen, die sich die Fraktion gestellt hat. Alle drei Modelle verfolgen schlussendlich die gleichen Ziele. Die verschiedenen Aufgaben und Verantwortlichkeiten werden jedoch neu zugeteilt. Hilfreich war für die Fraktion die Matrix mit den drei zur Wahl stehenden Modellen. Das Gemeinderatsmodell erach-

tet die Mitte/GLP nicht als optimal. Der Mehraufwand für den Gemeinderat und die Verwaltung wäre zu gross. Die fachliche Beurteilung von Schulanliegen ohne beratende Kommission wäre erschwert. Das Gemeinderatsmodell mit einer Schulkommission könnte sich die Fraktion zu einem späteren Zeitpunkt sehr wohl vorstellen, was ja auch im Bericht des Gemeinderats zukünftig in Betracht gezogen wird. Die Schule kann mit diesem Modell direkt an den Gemeinderat treten und muss nicht zuerst den Umweg über den Schulrat nehmen. Der Aufwand für die Systemumstellung ist gegenüber dem Schulratsmodell jedoch viel grösser und konkrete Erfahrungen mit diesem Modell fehlen noch. Wie bereits erwähnt haben es Veränderungen grundsätzlich schwer.

Der Entscheid der Mitte/GLP fällt heute für die nächsten vier Jahre auf das Schulratsmodell. Es kommt dem heutigen System mit wenigen Änderungen am nächsten. Der Schulrat und die Schulleitung sprechen sich mehrheitlich für die Beibehaltung des Schulratsmodells aus. Auch die momentane Empfehlung des Gemeinderats, den Schulrat zumindest vorläufig beizubehalten, nimmt die Fraktion zur Kenntnis. Die meisten Gemeinden in der Umgebung haben die Abschaffung des Schulrats abgelehnt. Wie gesagt: Veränderungen haben es grundsätzlich schwer. Der vorliegende Bericht zeigt aber auch, dass heute mit dem bestehenden Schulratsmodell nicht alles zum Besten steht. Die Mitte/GLP wird dem Antrag des Gemeinderats zustimmen, vorläufig im Sinn einer fortdauernden Beständigkeit am Schulratsmodell festzuhalten. Die Fraktion stellt zusätzlich folgenden Antrag: «Vier Jahre nach der Inkraftsetzung zum neuen Schulratsmodell legt der Gemeinderat dem Einwohnerrat einen Erfahrungsbericht vor. Nach Vorliegen des Erfahrungsberichts kann nochmals über einen Wechsel zu einem anderen, zukünftigen «Schulmodell» diskutiert werden.».

Konrad Widmer, SVP bedankt sich für den ausführlichen Bericht. Man konnte sich wirklich ein Bild über die Varianten machen. Einiges spricht für das Gemeinderatsmodell. Es ist stringenter in der Organisation, der Logik und den Zuständigkeiten. Es ist vermutlich auch als Schritt in Richtung Professionalisierung gedacht. Das heisst noch nicht, dass es besser werden würde, aber es ist vermutlich die Idee dahinter. Der Milizgedanke, und das Schulratsmodell ist ein Ausdruck des Milizgedankens, ist jedoch in der Bevölkerung verankert. Der Redner denkt auch, dass man eine Volksabstimmung nicht gewinnen könnte. Also kann man sich dies sparen. Aus diesem Grund ist die SVP für das Schulratsmodell.

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP hält das Votum nicht als Primarschulrätin, sondern als langjähriges Elterngruppenmitglied in Binningen, an den Binninger Schulen, als langjähriges Mitglied der stufenübergreifenden Gesundheitsförderung an den Schulen und Kindergärten und sie hält das Votum auch mit ihren Kompetenzen als langjährige Bildungsrätin, die das Thema schon im Bildungsrat diskutiert hat. Auch die Grüne/EVP hat sich für die Beibehaltung des bestehenden Schulratsmodells entschieden. Eine kommunale Schule kann und darf nicht ausschliesslich von Pädagogen geführt werden. Es braucht eine gute Mischung aus Pädagogik und Gesellschaft, allein schon wegen der verschiedenen Schulstandorte in den unterschiedlichen Quartieren mit räumlichen Unterschieden. Beim Gemeinderatsmodell wird sich die oder der zuständige Gemeinderat oder Gemeinderätin auf seine Abteilung und Mitarbeitenden verlassen müssen. Mit einer 30prozentigen Stelle ist diese aber unterdotiert und die Mischung steht und fällt mit den personellen und zeitlichen Ressourcen der Führungspersonen dieser Abteilung.

Beim Gemeinderatsmodell mit einer Schulkommission wird diese Kommission als fachliches Beratungsgremium funktionieren wie alle gemeinderätlichen Kommissionen. Also fachlich nach pädagogischen Kompetenzen zusammengestellt. Hier fehlt der Fraktion die Mischung aus Pädagogik und Gesellschaft. Das Schulratsmodell hat diese Mischung nach wie vor. Die pädagogischen Kompetenzen erfüllt und bringt die Schulleitung ein. Diese werden vom Kanton durch den Lehrplan, die Ausbildung der Lehrpersonen und weitere kantonale Vorgaben gesteuert. Kommunale Schulen brauchen aber mehr als nur Pädagogik, wie die Rednerin eingangs schon erwähnt hat. Eine der wichtigsten Aufgaben des Schulrats ist es aus ihrer Sicht, die Funktion als Brücke zwischen Trägerschaft, also Öffentlichkeit, Gesellschaft und Schule. Es ist am Einwohnerrat, Personen aus der Gesellschaft in den Schulrat zu wählen. Bis anhin hat der Einwohnerrat dies nicht schlecht gemacht. Im Leimental haben die meisten Gemeinden auch durch

Volksabstimmungen dem Schulratsmodell den Vorzug gegeben. Daher sind auch die Grünen/EVP der Meinung, vorläufig das Schulratsmodell beizubehalten. Für die Abstimmung wird die Votantin in den Ausstand treten.

Simone Abt, SP führt aus, es gehe immer emotional zu und her, wenn es um Wahlfreiheit und Autonomie der Gemeinden geht. Das war im Kanton nicht anders und es ist jetzt auch in den Gemeinden, die Entscheide treffen sollen, so. Auch der SP ist die demokratische Verankerung der Schule in der Gemeinde und der Gesellschaft, in der Bevölkerung und nicht nur in der Verwaltung, wichtig. Napoleon hat bereits die Auffassung vertreten, dass man die Schule nach Möglichkeit aus der Verwaltung herauslösen sollte. Der Schulrat ist ein Element davon. Es ist ein demokratisch gewähltes Gremium, das nicht zur Verwaltung gehört. Ob man dies opfern möchte, ist sicher eine längere Überlegung wert. Die Rednerin ist sehr froh, dass der Gemeinderat dem Parlament heute den Vorschlag macht, vorläufig und für die nächsten vier Jahre beim alten Modell zu bleiben. Es gibt noch sehr viele offene Fragen. Man konnte bei dieser schönen Auslegeordnung, die auch sie sehr geschätzt hat, sie war sehr informativ, gut sehen, wie sehr es den Gemeinderat gelüstet, eines der neuen, anderen Modelle einzuführen. Man ist aber noch nicht ganz so weit. Hier hatte der Gemeinderat wahrscheinlich ein gutes Gespür, dass er nicht versucht hat, es jetzt einzuführen. Es würde einiges an Aufwand bedeuten, aufgrund der Fragen, die sich stellen.

Auslöser der ganzen Diskussion ist die viel gerühmte Professionalität. Die Frage ist ganz einfach: Kann man dies im Gemeinderatsmodell besser sicherstellen? Vielleicht nicht, also gehen wir auf das Kommissionsmodell. Dieses müsste sorgfältig aufgebaut werden und hätte den Nachteil, den bereits Beatrice Büschlen erwähnt hat, dass ein gewisser, geschlossener Kreis von Personen diese Entscheide fällt und die Ausrichtung der Schule in der Gemeinde bestimmt. Das Schulratsmodell ist vermutlich im Moment das Beste. Sie möchte alle beteiligten Instanzen dazu einladen, das im Moment beste Modell in den nächsten vier Jahren zum besseren Fliegen zu bringen und nicht einfach zu begraben und nach Alternativen zu suchen. Es kann sein, dass das Modell auch in vier Jahren noch das Beste ist. Die Rednerin ist davon überzeugt, aber sie wird in vier Jahren nicht mehr hier im Rat sitzen, um dies den Anwesenden vorzutragen, daher sagt sie es ihnen bereits heute. Sie glaubt, dass man das bessere Modell hat und daran arbeiten sollte, dass es noch besser funktioniert und es nicht ändern und daran schrauben sollte.

Marc Schinzel, FDP ist Präsident des Primarschulrats Binningen und wird wie Beatrice Büschlen bei der Abstimmung in den Ausstand treten. Das findet er absolut angemessen in diesem Fall. Er kann vorwegnehmen, dass die FDP-Fraktion geschlossen für die Beibehaltung des Schulratsmodells ist. Da schon vieles gesagt wurde, möchte er einfach drei wesentliche Elemente dieser Vorlage ansprechen. Die Vorlage wurde vom Gemeinderat gut vorbereitet und ist übersichtlich. Das Thema bei den verschiedenen Modellen ist die Komplexität. Möglicherweise ist das Schulratsmodell komplexer, als wenn man die Schule in der Gemeindeverwaltung hätte. Allerdings muss man auch deutlich sagen, dass die grosse Komplexität nicht beim Schulratsmodell, sondern in der Schule selbst liegt. Die Schule ist nicht etwas, das man wie z.B. ein Parkraumreglement managen kann. Sie ist ein komplexes Gebilde mit ihren eigenen Gesetzmässigkeiten. Das ist über viele, viele Jahrzehnte gewachsen, ja inzwischen schon Jahrhundert. Es ist viel komplexer geworden, als noch zu den Zeiten, als der Redner selbst in die Primarschule gegangen ist. Alleine schon bei den Personen, die in den Schulräumen dabei sind, bei den speziellen Förderungen und Sondermassnahmen und -angeboten, die man in den Schulen hat, wird dies ganz deutlich. Die Komplexität liegt nicht im Modell, sondern in der Schule selbst.

Zu den Kosten. Es wird gesagt, dass andere Modelle vielleicht günstiger wären. Hier ist der Votant ganz anderer Meinung. Das heutige Milizsystem ist seines Erachtens deutlich günstiger, als wenn man es in die Gemeinde geben würde. Dann müsste man neue Ressourcen aufbauen und die wären nicht günstig. Das, was der Schulrat arbeitet, fliesst nur sehr begrenzt in das ein, was sie als Behördenentschädigung auch wirklich aufschreiben. Der Schulrat arbeitet deutlich mehr. Wenn man dies eins zu eins abgelten würde, würde es ganz anders aussehen. Im Milizsystem ist v.a. auch wichtig, dass der Schulrat auch Einsätze ausserhalb der Bürozeiten hat. An Lewin Lempert gerichtet erklärt er, es sei nicht wie bei der

Luftwaffe, die nachts einfach stillliegt. Der Redner hat, als er abwesend war, aus New York morgens um drei online eine Sitzung geführt. Das macht der Schulrat also auch. Es wird viel geleistet.

Als dritter Punkt sind der Milizgedanke und die demokratische Mitwirkung ganz zentral. Diese sollte man nicht ohne Not Preis geben. Es ist wichtig und beginnt bei der Wahl. Der Einwohnerrat hat die Möglichkeit, den Schulrat zu wählen. Mit den anderen beiden Modellen gibt es diese Möglichkeit nicht mehr, dann läuft es am Parlament vorbei. Es ist immer auch eine Möglichkeit, etwas Einfluss zu nehmen und eine Rückbindung an die Fraktionen zu haben. Das findet der Votant wichtig. Beatrice Büschlen hat es vorhin ebenfalls angesprochen. Man sollte die Chance nutzen, die Gesellschaft breit abzubilden und nicht einfach die Schule, er formuliert es etwas überspitzt, in der Verwaltung zu versenken. Es braucht die gesellschaftliche Partizipation. Das scheint ihm wichtig. Das Modell ist in der Bevölkerung verankert, das sieht man in anderen Gemeinden. Man sieht es aber auch, und hier spricht er speziell als Freisinniger, im Kanton. Verschiedentlich wurden Vorlagen von der Bevölkerung abgelehnt, bei denen man die Schulräte abschaffen wollte. Das war ein Steckenpferd des früheren FDP-Präsidenten und hat dem Redner damals schon nicht so ganz behagt, aber er hat noch nicht so in das Thema hineingesehen wie jetzt. Es wurde deutlich abgelehnt und vermutlich auch richtigerweise abgelehnt. Dort hat man diese Verankerung bereits gesehen. Aus Sicht der Freisinnigen spricht er sich ganz klar für die Beibehaltung des Modells aus, weil es verankert und gesellschaftlich breit abgestützt ist.

Gemeinderätin Rahel Bänziger, Grüne möchte sich für die gute Aufnahme der Vorlage bedanken. Wie darin beschrieben, muss sich Binningen für ein Führungsmodell der Primarschule entscheiden. Es gibt drei Möglichkeiten: Das Grundmodell Schulrat, das Modell Gemeinderat mit oder ohne Kommission. Das heutige System zeigt, wie in der Vorlage beschrieben, viele Schwächen. Es wäre nur schon aus Effizienzgründen bestimmt nicht so gewählt worden, wenn es nicht über die Jahrhunderte so gewachsen wäre. Vor allem die Diskrepanz zwischen der finanziellen Zuständigkeit (Gemeinderat) und der strategischen Zuständigkeit (Schulrat) findet sich wohl abgesehen vom Schulsystem nirgendwo. Jede Gemeinde muss bis Ende Jahr entscheiden, welches Modell sie möchte. Für die Musikschule braucht es keinen Entscheid, da dies eine Kreisschule ist, also eine Schule, die gemeinsam mit der Gemeinde Bottmingen geführt wird. Für dieses Konstrukt wird zwingend ein Schulrat vorgesehen. Das Gemeinderatsmodell hätte den Vorteil, dass die finanziellen und strategischen Entscheide, die die Schule betreffen, in einer Hand liegen würden. Auf der anderen Seite würde sich aber der Arbeitsaufwand für das zuständige Gemeinderatsmitglied ziemlich erhöhen. Der Gemeinderat könnte sich dabei auch von einer Kommission beraten lassen, wie er das bei anderen Fachkommissionen, die er zur Hilfe zieht, ebenfalls macht.

Beim Schulratsmodell bleibt fast alles so wie es immer war. Nur gehen jetzt einige Kompetenzen an die Schulleitung über, die vorher beim Schulrat waren. Z.B. sind neu die Anstellungen aller Lehrpersonen, vorher waren es nur die Anstellungen der befristeten Lehrpersonen, bei der Schulleitung. Zudem bestimmt die Schulleitung abschliessend über die Bewilligung von Jokertagen und Urlauben. Neu übernimmt damit die Schulleitung die volle Verantwortung für die pädagogische, personelle, organisatorische und administrative Führung der Schule. Das ist unabhängig vom gewählten Führungsmodell. Diese Änderungen gibt es sowieso. In der Vernehmlassung haben sich die Schulleitung und der Schulrat, dieser mit einer knappen Mehrheit, für einen Erhalt des Schulrats ausgesprochen. Wie dargelegt spricht sich der Gemeinderat für eine vorläufige Beibehaltung des Schulrats aus. Das widerspricht zwar seiner grundsätzlichen Haltung, dass aus systematischer Sicht das Gemeinderatsmodell mit oder ohne Kommission anzustreben wäre, hat aber folgende Gründe.

Auch im Gemeinderatsmodell plus/minus Kommission ist nicht alles Gold, was glänzt. Die Unterstellung der Schulleitung unter den Gemeinderat erfolgt aus Sicht des Gemeinderats hierarchisch falsch und würde innerhalb der Verwaltung zu eine Parallelstruktur führen, was der Gemeinderat nicht möchte. Es fehlen im Baselbiet auch die konkreten Erfahrungen mit den neu vorgeschlagenen Modellen. Bisher haben alle Gemeinden ausser einer den Wechsel zu einem anderen Modell als dem Schulratsmodell abgelehnt. Es gibt im heutigen System Möglichkeiten zur stärkeren Anbindung der Schule an die Gemeinde.

Zu erwähnen ist hier das Liestaler Modell. Die dortige Schulleitung ist mit einem Teilpensum direkt bei der Gemeinde angestellt, was eine organisatorische Einbindung der Schule in die Gemeinde ermöglicht. Der Gemeinderat möchte diese Lösung noch vertieft prüfen. Mehrere Gemeinden haben in den vergangenen Monaten die Abschaffung des Schulrats bereits abgelehnt. Das deutet darauf hin, dass der Schulrat nach wie vor sehr stark in der Bevölkerung verankert ist, auch wenn er in Binningen durch den Einwohnerrat und nicht direkt durch die Bevölkerung gewählt wird. Daneben gibt es spezifische kommunale Gründe, die für die Beibehaltung des Schulrats sprechen. Diese sind am Schluss der Vorlage aufgeführt.

In den letzten drei Jahren konnte man endlich etwas Kontinuität in diese Gremien bringen. Es laufen auch Projekte, hierbei ist vor allem die externe Schulevaluation zu erwähnen. Die Empfehlung ist, dass diese am besten von den gleichen Personen umgesetzt werden, die sie auch angepackt haben. Der Schulrat und die Schulleitung lassen sich wegen Defiziten in den Führungsstrukturen der Schule zudem durch zwei externe Personen beraten. Auch diese beiden externen Berater vertreten die Ansicht, dass ein Systemwechsel im Moment nicht optimal wäre. Die Aufarbeitung und die Weiterarbeit sollten im jetzt bestehenden Gremium weiterverfolgt werden. Aus all diesen Gründen beantragt der Gemeinderat dem Einwohnerrat am Schulratsmodell festzuhalten. Die zuständige Gemeinderätin möchte noch kurz auf das Votum von Marc Schinzel zurückkommen. Im Landrat war bisher immer die FDP die treibende Kraft, wenn es darum ging Vorstösse einzureichen, um den Schulrat abzuschaffen. Die Bevölkerung hat dies immer abgelehnt. Das einfach noch als kleine Anekdote. Dem Antrag der Mitte/GLP-Fraktion kann der Rat gerne zustimmen. Es war sowieso geplant, dass das Modell nach vier Jahren evaluiert wird und man schaut, wie man in diesem Modell weitergekommen ist. Allenfalls wird man dann auch einen Bericht erstellen und gegebenenfalls eine Änderung vorschlagen. Die Rednerin bedankt sich nochmals für die gute Aufnahme der Vorlage.

ABSTIMMUNG

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, kommt der Präsident zur Abstimmung. Als erstes wird über den Antrag der Mitte/GLP abgestimmt: «Vier Jahre nach der Inkraftsetzung zum neuen Schulratsmodell legt der Gemeinderat dem Einwohnerrat einen Erfahrungsbericht vor. Nach Vorliegen des Erfahrungsberichts kann nochmals über einen Wechsel zu einem anderen, zukünftigen «Schulmodell» diskutiert werden.».

Für die Abstimmungen treten Beatrice Büschlen, Grüne/EVP, und Marc Schinzel, FDP, in den Ausstand.

Erfahrungsbericht nach vier Jahren: 26 JA / 5 NEIN / 5 Enthaltungen (Abstimmung 03)

Festhalten am Schulratsmodell: Einstimmig JA (Abstimmung 04)

BESCHLUSS

://: 1. Vier Jahre nach der Inkraftsetzung zum neuen Schulratsmodell legt der Gemeinderat dem Einwohnerrat einen Erfahrungsbericht vor. Nach Vorliegen des Erfahrungsberichts kann nochmals über einen Wechsel zu einem anderen, zukünftigen «Schulmodell» diskutiert werden.

://: 2. Der Einwohnerrat beschliesst, am Schulratsmodell festzuhalten.

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Thomas Schwarb, Grüne/EVP dankt dem Gemeinderat namens seiner Fraktion für die Vorlage. Die Grünen/EVP stimmen der Vorlage zu. Was ihnen allerdings Sorge bereitet, sind die möglichen Folgen für den Schulcampus Dorf. Auf Seite 5 des Planungsberichts steht nämlich, dass nach dem Einwohnerratsbeschluss resp. seiner Rechtskraft noch ein Auflageverfahren und ein Genehmigungsverfahren folgen werden. Zwei Verfahren, die auch ohne allfällige Einwände rechtlicher Art, nicht von heute auf morgen erledigt sind. Gerade für den Zolli und die Anwohnerinnen und Anwohner der Schutzmatte könnte diese Sache tatsächlich ein Thema sein. Dies ist die Sorge der Fraktion, aber sie dankt für die Vorlage.

Jürg Blaser, SVP äussert, die SVP habe das Geschäft studiert und komme zum Schluss, dass die Mutation Gewässerraum Rümelinbach nötig ist, um mögliche Projektrisiken auch im Zusammenhang mit dem Schulcampus Dorf zu verhindern. Die Fraktion wird dem Geschäft daher zustimmen.

Nina Eldridge, Mitte/GLP bedankt sich für die Vorlage. Die Mitte/GLP erachtet es als sinnvoll, die Planung des Rümelinbachs vorzuziehen, damit man sie gleichzeitig mit der Teilzonenplanung Zentrum betrachten kann. Somit folgt die Fraktion dem Antrag des Gemeinderats.

Daniel Zimmermann, FDP spricht dem Gemeinderat namens der FDP seinen Dank für die Vorlage aus. Die Fraktion stellt fest, dass es sich um einen unproblematischen, raumplanerischen Prozess handelt. Politisch kann man über Gewässer endlos diskutieren. Tatsache ist aber, dass es sich bei dieser Mutation nicht um ein natürliches Gewässer handelt, sondern um einen künstlich gebauten Kanal. Aus dieser Tatsache ist der raumplanerische Gedanke des Gewässerschutzes nicht gegeben. Die FDP kann der Überlegung des Gemeinderats folgen und stimmt dem Antrag des Gemeinderats zu.

Ralph Büchel, SP teilt mit, auch die SP unterstütze die Mutation und stimme dem Antrag des Gemeinderats zu.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP dankt für die wohlwollende Aufnahme der Vorlage. Zuhanden der Fraktion der Grünen/EVP führt er aus, dass sich die Gemeinde an die gesetzlichen Vorgaben halten muss. Der Prozess kann daher nicht geändert werden. Er muss so eingehalten werden.

ABSTIMMUNG

Mutation Rümelinbach: Einstimmig JA (Abstimmung 05)

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat beschliesst die Mutation Gewässerraum Rümelinbach.

Traktandum 4

Nr. 22

Schlussabrechnung Sanierung Zivilschutzanlage (ZSA) Wassergraben

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Urs Hauri, Grüne/EVP dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Abrechnung und den Bericht dazu. Die Grünen/EVP werden dem Antrag zustimmen. Sie nehmen logischerweise erfreut Kenntnis vom hohen Beitrag, den der Kanton diesem Projekt zukommen lässt und finden es auch gut, dass Synergien mit der Sanierung des Kunstrasenfelds genutzt werden. Dadurch sieht die Abrechnung sehr gut aus. Die Fraktion fragt sich aber, ob die eingesparten 160 000 Franken oder ein Teil davon vielleicht bei der Renovation des Kunstrasenfelds wieder auftauchen und die Abrechnung nicht mehr ganz so gut aussieht.

Hubert Steffen, SVP bedankt sich namens seiner Fraktion beim zuständigen Gemeinderat für die vorliegende Schlussabrechnung. Der genehmigte Kredit ging von einer Summe von 464 000 Franken aus. Die abgerechneten Honorare (Position 29) betragen 80 000 Franken. Das sind rund 18 Prozent des ursprünglichen Kredits. Die Position 23 «Elektroanlagen» wurden im Kreditantrag mit 167 000 Franken veranschlagt. Gemäss Schlussabrechnung sind davon lediglich 7 000 Franken in Rechnung gestellt worden. Auch die übrigen Positionen weichen doch erheblich vom Kreditantrag ab. Es handelt sich bei diesen Abweichungen nicht nur um leichte Verschiebungen innerhalb der BKP-Positionen gemäss den Aussagen zur Schlussabrechnung. Warum eine Ausgliederung von Rückbaumassnahmen aus dem laufenden Projekt für das Kunstrasenfeld verändert wurde, geht aus dem vorliegenden Schlussabrechnungsbericht nicht klar hervor. Im ursprünglichen Antrag wird nur die ZSA und die Sport- und Schwimmhalle erwähnt. Die Fraktion hätte dazu gerne noch nähere Informationen vom zuständigen Gemeinderat.

Aus Sicht der SVP kann es nicht sein, dass ein gesprochener Kredit für eine zweckbestimmte Investition intern einfach auf ein anderes Investitionsvorhaben übertragen wird. Für eine solche Ausgliederung in ein anderes Investitionsvorhaben braucht es einen neuen Kreditantrag, der vom Einwohnerrat zu bewilligen ist. Für die Fraktion handelt es sich beim vorliegenden Geschäft um eine normale Sanierung. Wieso für die Sanierung rund 80 000 Franken an Honoraren bezahlt wurden, kann schlicht und einfach nicht nachvollzogen werden und ist massiv überteuert. Im Weiteren darf man erwarten, dass bei dieser horrenden Summe eine relativ genaue Kostenaufstellung möglich ist. Die SVP kann die vorliegende Schlussabrechnung nicht genehmigen und beantragt, sie der GRPK zur Überprüfung zuzuweisen.

Karl J. Heim, Mitte/GLP signalisiert, die Mitte/GLP nehme zustimmend von den ausführlichen Erklärungen des Gemeinderats Kenntnis. Die Fraktion stimmt der Genehmigung zu. Insbesondere ist für sie erfreulich, dass die Kostenbeteiligung des Kantons für diese Schutzplätze nun bei 85 Prozent liegt.

Daniel Setz, FDP erläutert, auch die FDP nehme die Schlussabrechnung mit Dank zur Kenntnis. Es macht Sinn, dass gewisse Kosten, die effizienter verwendet werden können, in ein anderes Projekt verschoben werden anstatt das gesprochene Geld einfach zu verbrauchen. Von daher ist es eine gute Lösung. Die Fraktion wird die Schlussabrechnung genehmigen.

Ralph Büchelin, SP äussert, die SP werde der Schlussabrechnung ebenfalls zustimmen. Es stellt sich ihr aber noch eine Frage. Unter Punkt 1 «Ausgangslage» steht: «Der Rückbau der Stromleitungen innerhalb der existierenden Erdschicht (Bodensubstrat) soll nun im Zuge des traktandierte Projektes Kunstrasenfeld erfolgen.». Es würde interessieren, ob die Absicht vorhanden ist, das bestehende Rasenfeld in ein Kunstrasenfeld umzuwandeln. Die Fraktion wäre froh, wenn sie dazu noch eine Antwort vom Gemeinderat bekommen könnte.

Gemeinderat Daniel Nyffenegger, FDP bedankt sich im Namen des Gemeinderats für die Aufnahme des Geschäfts. Er ist etwas überrascht über die Meinung, dass man hier irgendwelches Geld verschwinden lässt. Das ist nicht so. Es gab eine Vorgabe der Bauverwaltung, dass diese Arbeiten nötig sind. Die Schätzungen und Offerten, die man eingeholt hat, haben die Summe ausgemacht, der der Einwohnerrat vor drei Jahren zugestimmt hat. Es ist tatsächlich so, dass während einer Sanierungsmassnahme plötzlich Sachen auftauchen, die nicht notwendig sind oder auf die man verzichten kann. Das ist der eine Teil. Der zweite Teil ist, dass andere Sachen hinzukommen, bei denen man Prioritäten setzen muss. So wird dies

in der Gemeinde in eigentlich allen Bauprojekten angewendet. Dem Antrag der SVP auf Überweisung des Geschäfts in die GRPK kann der Votant nicht unbedingt grosses Verständnis entgegenbringen. Bezüglich der Ausgangslage muss man sehen, dass es nicht nur die Zivilschutzanlage auf dieser Seite gibt. Die Personen, die die Anlage kennen, wissen, dass man durch eine Einstellhalle in die Anlage kommt. Dort wurden gewisse Defekte festgestellt. Das wird jetzt via Sportplatz Spiegelfeld mit Probebohrungen geprüft. Diese werden in den nächsten zwei Wochen stattfinden. Wenn man mit dem Projekt Kunstrasen kommt, dann muss man wissen, welche Konsequenzen dies hat. Dazu kommt dann selbstverständlich eine Vorlage, zu der auch ein Beschluss gefasst werden kann.

Es ist ein Unterschied, wenn man einen solchen Platz umwandeln möchte, der dringend nötig ist, damit man überhaupt die Nutzungszeiten im Sportbereich erhöhen kann. Es gibt massenhaft zu wenig Plätze. Der Redner möchte nur ein Beispiel nennen. Wenn man 700 Junioren hat und davon 200 Kinder während der Bauzeit des Schulcampus Dorf verschieben sollte, damit sie ihr Hobby ausüben können, dann benötigt man den Platz. Der Gemeinderat ist daran, Lösungen zu finden. Trotzdem ist das Thema: entweder neue Sportplätze oder die Nutzungszeiten auf den Plätzen auf dem Spiegelfeld erhöhen. Das ist der wesentliche Grund. Die ganze Sache hat drei Jahre gedauert. Vor allem musste man zwei Jahre auf die Zusage des Kantons für die Unterstützung warten, wieviel man pro Platz zu Gute hat. Daher hat es auch so lange gedauert, bis die Abrechnung gekommen ist. Das ist sehr ärgerlich. Die Gemeinde konnte dann beim Kanton noch vorstellig werden und hat mehr gefordert. So ist man auf die 70 Franken pro Platz gekommen. Das ist ein sehr erfreuliches Ergebnis. Den Saldo haben die Anwesenden in der Abrechnung gesehen. Mehr kann der zuständige Gemeinderat heute nicht dazu sagen.

ABSTIMMUNG

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, kommt der Präsident zur Abstimmung. Zuerst wird über den Antrag der SVP, das Geschäft in die GRPK zu überweisen, befunden.

Überweisung in GRPK: 9 JA / 27 NEIN / eine Enthaltung (Abstimmung 06)

Genehmigung Schlussabrechnung: 32 JA / 6 NEIN / eine Enthaltung (Abstimmung 07)

BESCHLUSS

://: Die Schlussabrechnung der Sanierung ZSA Wassergraben wird genehmigt.

Traktandum 5

Nr. 175

Dringliche Motion M. Schinzel, FDP: Die Binninger Strassen sind nachts wieder zu beleuchten

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Marc Schinzel, FDP bedankt sich beim Gemeinderat für die rasche Umsetzung. Er möchte dies betonen, da es heute nicht auf dem Tisch liegt, die Beleuchtung in Binningen nachts wieder einzuschalten, sondern es wurde schon umgesetzt. Er hat viele positive Reaktionen aus der Bevölkerung erhalten. Es wird sehr geschätzt, dass dies vom Gemeinderat so rasch umgesetzt wurde. Vielen Dank dafür. Zum Vorstoss selbst, in welchem eine Reglementsanpassung vorgesehen ist, die der Gemeinderat aufnimmt, hat die FDP nur eine Bemerkung. Sie stellt einen Antrag. Beim neuen § 25 Abs. 4 des Strassenreglements heisst

es gemäss Vorschlag des Gemeinderats, dass Verkehrsanlagen in bebautem Gebiet angemessen zu beleuchten sind. Anstelle dieser Formulierung beantragt die Fraktion, dass alle Verkehrsanlagen angemessen zu beleuchten sind.

Kurz zur Erklärung: Eine Verkehrsanlage ist in § 2 Abs. 2 des Strassenreglements definiert. Dort wird mehr oder weniger gesagt, es gehe einfach um Strassen, Trottoir, Velo-, Fuss- und Wanderwege, aber eben auch um Feldwege usw. Der FDP ist dieser Punkt wichtig. Bebautes Gebiet ist so weit gut, aber ein Weg kann auch von bebautem Gebiet zu bebautem Gebiet einmal über das Feld führen. Bei diesem Feldweg möchten sie die Beleuchtung ebenfalls sicherstellen. Die Fraktion glaubt, dass dies vernünftig gehandhabt werden kann, denn das Wort «angemessen» bleibt in der Formulierung enthalten. Wenn hier die Rede davon ist, dass Parkflächen auch als Verkehrsanlagen gelten, dann ist es selbstverständlich, dass seine Fraktion eine Parkanlage oder einen Feldweg nicht ausleuchten möchte wie eine Landepiste beim EuroAirport. Auf keinen Fall. Das Wort «angemessen» sagt eigentlich: «Machen wir es vernünftig, so wie es auch bisher vernünftig gehandhabt wurde.». Nachhaltigkeit streben alle Anwesenden an, dass auch die bisherige Beleuchtung in eine nachhaltige umgewandelt wird, wie dies in Oberwil bereits der Fall ist. Zum Schluss kommt der Votant nochmals zum Antrag der FDP. Anstelle von «nur in bebautem Gebiet» beantragt die Fraktion einfach: «Alle Verkehrsanlagen sind angemessen zu beleuchten.», mit der Betonung auf «angemessen».

Susanna Keller, SVP dankt dem Gemeinderat ebenso für die schnelle Umsetzung, dass das Licht in der Nacht wieder an ist. Sie war diesbezüglich mit der Bevölkerung in Kontakt. Viele haben ihr mitgeteilt, dass sie sich auch zu Fuss unsicher fühlen. Das wurde alles bereits in der letzten Sitzung besprochen. Sie findet, genau wie es ihr Vorredner ausgeführt hat, dass der neue Absatz 4: «Die Verkehrsanlagen sind innerhalb der Baugebiete angemessen zu beleuchten» nicht ganz klar ist. Die SVP würde dem Antrag der FDP: «Alle Verkehrsanlagen sind angemessen zu beleuchten» zustimmen.

Karin Glaser, Grüne/EVP führt aus, der Einwohnerrat habe beschlossen, die Strassenbeleuchtung nachts nicht mehr abzuschalten. Offenbar sollen andere Energie sparen. Der Entscheid war parteiübergreifend unterschiedlich. Die Votantin hätte es persönlich begrüsst, wenn es dunkel geblieben wäre. Vielleicht hätte man dann letzte Nacht sogar die Nordlichter besser gesehen. Wieviel Energie eingespart wurde, würde die Rednerin interessieren. Sie weiss, dass es einmal gesagt wurde, hat es aber schlicht nicht mehr gefunden. Die Grünen/EVP erwarten nun vom Gemeinderat Vorschläge, wo und wie sonst Strom gespart werden könnte. Die Energiemangellage ist noch lange nicht vom Tisch. Im Gegenteil. Es wird als wie mehr, wenn man nur schon an die zunehmende KI und die ganzen Internetgeschichten denkt. Das braucht unglaublich viel Strom. Offiziell sieht man einfach ein Lichtlein brennen und dass es Strom braucht. Aber was hier alles an Energie verbraucht wird, wird nicht erwähnt. Natürlich soll auch Druck gemacht werden, dass die Strassenbeleuchtung umgerüstet wird auf energiesparende Lampen und Bewegungsmelder etc. Für die Rednerin als Nicht-Stromerin ist es schwer verständlich, dass das Umrüsten eine so grosse Sache sein soll. Schliesslich können alle zuhause in fast jede Lampenfassung eine Stromsparbirne reinschrauben. Aber sie kennt sich da nicht aus. Long story short: Trotzdem genehmigt die Fraktion die Reglementsänderung, beobachtet die Geschichte aber sorgenvoll. Die Grüne/EVP schreibt die Motion ab.

Brigitte Strondl, SP teilt mit, innerhalb der SP-Fraktion habe der Begriff «Verkehrsanlagen» Anlass zu Diskussionen gegeben. Sie haben bei der zuständigen Gemeinderätin nachgefragt, warum sie Verkehrsanlagen, was ein sehr breiter Begriff ist und viel umfasst, haben möchte und nicht nur Strassen und Wege. Ihre Erläuterungen, dass dies zu eingeschränkt gewesen wäre, sind der Fraktion plausibel erschienen und daher stimmen sie der Änderung des Strassenreglements zu, so wie es der Gemeinderat vorschlägt. Die SP ist auch damit einverstanden, dass die Motion abgeschrieben wird. Ihnen erscheint die Begrenzung der Nachtbeleuchtung auf bebautes Gebiet sehr sinnvoll. Es kann nicht sein, dass irgendwelche Feldwege, Wege entlang des Waldrands oder ähnliches beleuchtet werden. Somit stimmt die Fraktion dem Antrag der FDP nicht zu.

Thomas Hafner, Mitte/GLP spricht dem Gemeinderat seinen herzlichen Dank dafür aus, dass er die Nachtabschaltung rückgängig gemacht hat und dies wirklich sehr zügig. Die Fraktion hat eigentlich gar keine negativen Meldungen erhalten, als man die Beleuchtung wieder eingeschaltet hat. Im Gegenteil. Sie haben fast nur positive Sachen gehört. Ein weiterer Dank geht an den Gemeinderat für den vorliegenden Bericht. Die Mitte/GLP ist mit dem Änderungsvorschlag des Strassenreglements, so wie es der Gemeinderat formuliert hat, einverstanden. Beim Antrag der FDP haben sie gewisse Verständnisschwierigkeiten in Bezug darauf, was die FDP wirklich möchte. Beim Wortlaut «Verkehrsanlagen» mussten sie auch zuerst nachschauen, was damit gemeint ist. Aber sie möchten dem Formulierungsvorschlag des Gemeinderats folgen. Die Fraktion ist zudem gespannt, was der Gemeinderat mit seinem roten Text für Erwägungen gezogen hat. Auch sie finden, es könne nicht sein, dass man jeden Weg, der über das Feld führt oder jedes Strässchen, das auch noch durch ein Stückchen Wald führt zwingend beleuchten muss. Damit hätte die Mitte/GLP etwas Mühe. Sie werden beiden Anträgen zustimmen, sowohl der Textänderung des Strassenreglements wie auch der Abschreibung der Motion.

Gemeindepräsidentin a.i. Caroline Rietschi, SP bedankt sich für die Voten zum Geschäft. Es freut sie, dass der Gemeinderat den Ratsmitgliedern eine Freude machen konnte mit der schnellen Umsetzung des Anliegens. Der Form halber erlaubt sie sich trotzdem den Hinweis, dass auf der Gemeinde durchaus auch Meldungen eingegangen sind, dass es schade ist, dass man die Beleuchtung wieder eingeschaltet hat. Es ist also nicht so, dass es alle toll finden. Aber wie gesagt, darüber kann man sich trefflich streiten und darum geht es heute nicht. Der Gemeinderat hat sich sehr wohl Gedanken gemacht zur Formulierung für die Anpassung des Strassenreglements. Der Antrag der FDP, dass man alle Verkehrsanlagen angemessen beleuchtet, würde heissen, dass man auch viel beleuchten müsste, was heute nicht beleuchtet ist. Es reicht nicht, wenn man sagt, man müsse es nur angemessen beleuchten. Auch eine angemessene Beleuchtung ist eine Beleuchtung. Marc Schinzel hat es selbst gesagt, da gehören auch Feldwege dazu. Bei Fuss- und Wanderwegen, wo heute gar keine Leitungen durchführen, müsste man Leitungen legen, um eine angemessene Beleuchtung installieren zu können. Die Votantin hat den Eindruck, das sei nicht die Meinung. Der Gemeinderat hat sich daher bewusst auf das Baugebiet beschränkt. Dort, wo auch heute die Verkehrsanlagen beleuchtet sind. Ausserhalb des Bau- oder Siedlungsgebiets gibt es keine Beleuchtungen bzw. allenfalls punktuell private Beleuchtungen. Aber der Gemeinderat möchte nicht zusätzliche Beleuchtungen installieren, wo es sie heute noch nicht gibt. Die Nachtabschaltung zum Energie sparen und die Wiederanschaltung sollen nicht dazu führen, dass man anfängt Wege zu beleuchten, die bisher nicht beleuchtet waren. Daher rät sie dringend von der Formulierung ab: «Alle Verkehrsanlagen sind angemessen zu beleuchten.»

Thomas Häfele, FDP findet es spannend, dass zwei Fraktionen in diesem rot vorgeschlagenen Text über den Begriff «Verkehrsanlagen» gestolpert sind. Obwohl eigentlich im Reglement der Begriff «Verkehrsanlagen» klar definiert ist. Der Redner ist über den Begriff «Baugebiet» gestolpert. Für ihn ist nicht klar, was mit «Baugebiet» gemeint ist und er wäre dankbar, wenn die zuständige Gemeinderätin zumindest fürs Protokoll definieren könnte, was ein Baugebiet genau ist. Ist dies bebautes Gebiet, zu bebauendes Gebiet, mit Wohnraum bebautes Gebiet ist? Oder wie interpretiert sie den Begriff «Baugebiet»?

Marc Schinzel, FDP hat den Eindruck, dass die inhaltlichen Differenzen im diskutierten Punkt vielleicht gar nicht so gross sind. Die Meinungen sind möglicherweise nicht so unterschiedlich, wie es jetzt aussieht. Beim Antrag der FDP ist es nicht die Idee, dass man neu aufrüstet und irgendwo im Allschwiler Wald oder auf Feldwegen grossen Beleuchtungsmasten hochzieht. Wie von Thomas Häfele angesprochen, müsste man v.a. wissen, was mit bebautem Gebiet gemeint ist. Wenn er von bebautem Gebiet über einen Feldweg oder durch ein Stück Wald zu einem anderen bebauten Gebiet gehen muss, das können nur kurze Abschnitte sein, dann möchte er nicht unbedingt, dass es dort stockdunkel ist. Es geht eigentlich darum. Seine Fraktion hat nicht das Gefühl, dass in der Beleuchtung etwas Anderes gemacht werden muss als man bisher schon hat. Diese Beleuchtung soll einfach vernünftig beibehalten werden. Vielleicht ist es wirklich eine Frage der Interpretation. Er wäre unabhängig vom Antrag ebenfalls froh, wenn im Protokoll klar festgehalten werden würde, was mit bebautem Gebiet gemeint ist. Wenn er

vom bebauten Ort A zum bebauten Ort B geht und es geht ein Stück weit durch einen kleinen Wald – er nennt als Beispiel die Gegend um den Fuchshag oder oben auf dem Feld –, dann möchte er wissen, ob es auf diesem Wegstück eine angemessene Beleuchtung gibt. Das wäre schon viel wert.

Rahel Amacker, Mitte/GLP hat den Eindruck, bei diesem Thema gehe es um eine Abwägung zwischen dem Sicherheitsaspekt einerseits, man möchte nicht im Dunkeln nach Hause gehen, und dem Nachhaltigkeitsaspekt andererseits. Bei der letzten Abstimmung wurde die Nachhaltigkeit sehr stark betont, schlussendlich konnte man aber den Sicherheitsaspekt verstehen. Gewisse Ratsmitglieder und auch gewisse Leute, die in Binningen wohnen – Caroline Rietschi hat es gesagt, es sind auch Meldungen eingetroffen, die es schade fanden – haben hier einen Kompromiss gemacht. Beim Antrag der FDP bräuchte es aus Sicht der Votantin von Seiten der FDP genau das Gleiche, nämlich auch einen Kompromiss. Wenn man alles beleuchten würde, resp. v.a. auch in der Nähe von Feld- und Waldwegen mehr beleuchten würde, wäre dies unter dem Nachhaltigkeitsaspekt nicht gut. Die Rednerin spricht hier nicht unbedingt vom Strom, sondern eher vom Aspekt der Biodiversität. Bei Wald- und Feldwegen leben sehr viele Insekten und diese sterben leider bei diesem Licht, auch wenn man es auf LED umstellt. Sie würde daher gerne beim Antrag des Gemeinderats bleiben, damit diese beiden Aspekte gut abgewogen sind.

Gemeindepräsidentin a.i. Caroline Rietschi, SP erklärt, der Begriff «Baugebiet» komme aus dem Raumplanungsrecht des Bundes. Er ist eigentlich recht klar definiert: «Baugebiet trennt sich ab vom Nicht-Baugebiet.». Mit Bezug auf Binningen heisst dies, dass es Wohngebiete sind, Bauzonen, Wohngebiete. Das schliesst die Waldränder aus. Sie spricht jetzt wirklich von Waldrändern und nicht vom Weg zwischen A und B. Es geht um das bewohnte Gebiet. Wenn man «alle Verkehrsanlagen» schreibt, kann man nicht einfach sagen, dass man nicht mehr machen möchte, als wir heute schon haben. Wenn im Strassenreglement steht «alle Verkehrsanlagen» im Sinn von § 2 Abs. 2, dann beinhaltet das letztlich jeden Fussweg. Dann könnten sich Einwohnerinnen oder Einwohner darauf beziehen und verlangen, dass z.B. ein Weg durch den Wald beleuchtet wird. Das will niemand der Anwesenden. Daher hat der Gemeinderat seine Formulierung mit dem Baugebiet bewusst gewählt im Verständnis, dass es um bewohnte Bauzonen geht und dass dort selbstverständlich Wege und Strassen beleuchtet werden, wie sie es auch heute sind.

Christoph Daniel Maier, FDP wollte sich zu diesem Thema eigentlich nicht äussern, da er dachte, die FDP habe ihre Position klargemacht. Es geht selbstverständlich nicht darum, dass sie für einen Ausbau des bestehenden Beleuchtungsregimes plädieren würden. Sondern es geht darum, dass man im Rahmen dessen, was man heute vernünftigerweise bereits macht, weiterhin Beleuchtung anbietet. Der Redner möchte klarstellen, dass seine Fraktion in jedem Fall keinen Abbau möchte. Insbesondere wenn man sich überlegt, dass es auch Zufahrten oder Wege zu bebautem Gebiet gibt. Er denkt hierbei an seine unmittelbare Nachbarschaft dem Bruderholz. Dort gibt es einige Wege, die nicht durch bebautes Gebiet führen, bei denen es aber extrem wichtig ist, dass man sie weiterhin beleuchtet. Sonst könnte es dazu führen, dass man es den Schülern nicht mehr zumuten möchte, dass sie zu Fuss zur Schule gehen, weil sie dann einfach durch die Dunkelheit gehen müssten. Das ist wohl gemerkt heute nicht der Fall. Es gibt diese Beleuchtungen, insbesondere im Bereich Kirschtalgraben, Kirschtalrain, David Joris-Strasse. Der Votant fände es völlig unangemessen, wenn man jetzt aufgrund eines solchen Einwohnerratsbeschlusses, wohl bemerkt mit nachvollziehbaren Gründen, dort diese Beleuchtungen abbauen würde, weil es nicht Baugebiet ist. Er fände es gut, wenn man hier im Rat in diesem Verständnis noch zu einer Kompromissformulierung finden könnte.

Marc Schinzel, FDP möchte sich noch formell äussern. Er hat die Voten gehört und kann die Argumente auch gut nachvollziehen. Im Sinne dessen, was seine Fraktion bereits geäussert und auch sein Vorredner Christoph Maier betont hat, aber auch im Sinne dessen, was der Gemeinderat erklärt hat, hat er das Verständnis, dass unter dieser angemessenen Beleuchtung im bebauten Gebiet kein Abbau geplant ist. Sondern dass man dort, wo die Leute sinnvollerweise durchgehen vom bebauten Ort A zum bebauten

Ort B, mit gesundem Menschenverstand und ausgehend von der heutigen Regelung eine entsprechende Beleuchtung verfolgt. In diesem Verständnis kann er seinen Antrag zurückziehen.

Gemeindepräsidentin a.i. Caroline Rietschi, SP ist sehr dankbar für das Votum. Es ist überhaupt nicht geplant irgendetwas abzubauen, sondern das Bestehende umzurüsten. Das wurde bereits angekündigt. Wenn es etwas länger dauert, kann man das möglicherweise nicht verstehen, aber sie kann es nicht ändern. Die Gemeinde ist hier auf die Primeo angewiesen. Es ist in diesem Verständnis, dass man das Bestehende umrüstet, wie es bereits gesagt wurde, und dass es keinen Abbau gibt. Man möchte aber auch keinen Ausbau provozieren, wie es mit dem Begriff «alle Verkehrsanlagen» verstanden werden könnte. Wenn sich alle der Formulierung in diesem Verständnis anschliessen können, dann ist die zuständige Gemeinderätin sehr froh. Falls dies nicht der Fall sein sollte, würde sie eher beliebt machen, dass der Gemeinderat das Geschäft zurücknimmt und einen Kompromissvorschlag sucht. Denn diesen jetzt schnell zu finden funktioniert vermutlich nicht so gut. Aber wenn das Verständnis klar ist, ist sie auch froh, wenn man es so beschliessen kann.

Marc Schinzel, FDP teilt mit, nach diesen Erklärungen des Gemeinderats ziehe er seinen Antrag zurück.

ABSTIMMUNG

Antrag 1 des Gemeinderats: Einstimmig JA (Abstimmung 08)

Antrag 2 des Gemeinderats: Einstimmig JA (Abstimmung 09)

BESCHLUSS

://: 1. Der Einwohnerrat beschliesst eine Änderung zum Strassenreglement der Gemeinde Binningen vom 21. Juni 2010 gemäss dem Vorschlag des Gemeinderats.

://: 2. Die dringliche Motion Nr. 175 wird abgeschrieben.

Traktandum 6

Nr. 162

Motion GRPK: Berichterstattung der Behörden

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Hubert Steffen, SVP dankt der zuständigen Gemeinderätin namens der SVP für ihre Einschätzungen. Die Ausführungen zur Motion der GRPK sind aus Sicht der Fraktion sehr spärlich und inhaltlich eine Enttäuschung. Es zeigt sich einmal mehr, dass der Gemeinderat die Anliegen des Einwohnerrats nicht ernst nimmt. Die in den Jahresrechnungen enthaltenen Informationen des Gemeinderats sind in den letzten Jahren teils sehr kurz kommentiert und es fehlt an vertieften und ausführlichen Darstellungen. Der Gemeinderat hat eine klare und vollständige Informationspflicht gegenüber der Öffentlichkeit über seine Leistungen, Tätigkeiten und Beschlüsse zu orientieren. Aus Sicht der SVP ist eine professionellere Kommunikation nach aussen sehr wichtig. Die Kommunikation ist eine Kernaufgabe jeder Behörde. Kommunikation nach aussen soll die politische Partizipation fördern, das staatliche Handeln legitimieren und Vertrauen in die Behördentätigkeit bringen. Aufgrund des Öffentlichkeitsprinzips sollte der Gemeinde-

rat jeweils für ein vergangenes Jahr über die wichtigsten Tätigkeiten in den jeweiligen Ressorts Rechenschaft ablegen. Mehr Transparenz würde sich auszahlen. Eine gute Information an die Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde Binningen ist wichtig. Eine umfassende Berichterstattung würde z.B. auch den Schulrat der Primarstufe, die Musikschule, die Sozialhilfebehörde und die Wahlbehörde betreffen. Die einzelnen Berichte könnten in einem Geschäftsbericht zusammengefasst werden. Die SVP beantragt deshalb, die Motion an den Gemeinderat zu überweisen.

Thomas Schwarb, Grüne/EVP äussert, die Fraktion danke dem Gemeinderat für die Stellungnahme zur Motion. Die Motion möchte eigentlich etwas Selbstverständliches. Mit ihr soll verbindlich verankert werden, dass alle Behörden jährlich einen Geschäftsbericht erstellen. Dies wäre wie gesagt eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Der Gemeinderat hat aber aus Sicht der Grünen/EVP einige Sachen missverstanden bzw. wechselt seine Argumentation auch ab und zu. Er sagt, der Einwohnerrat solle dies bezüglich der anderen Behörden, ausser dem Gemeinderat, doch einfach beschliessen und mit einem Beschluss verlangen. Das entspricht aber nicht dem üblichen Rahmen. Ein Beschluss, der nicht systematisch abgelegt ist, also in einem Reglement verankert ist, würde vielleicht eine Legislatur lang beachtet werden. Später wird man sich fragen, auf welcher Grundlage diese Praxis beruht und dann wäre wieder Schluss mit den Berichten. Unser Staat wird halt über kodifizierte Regeln gesteuert. Ausserdem hat der Gemeinderat selbst verlangt, dass Beschlussanträge von Kommissionen, die verbindlich sein sollen, in Form eines parlamentarischen Vorstosses erfolgen sollen. Sonst haben diese Beschlüsse nur den Charakter einer Meinungsäusserung, die etwas mehr Verbindlichkeit hätte. Aus Sicht der Grünen/EVP ist die Auslegung in diesem Sinn falsch.

Der Geschäftsbericht des Gemeinderats wird aus systematischen Gründen auch eingeführt. Das fehlt bis heute. Warum man allerdings auf die Idee kommt, weil der späteste Termin mit Mai vorgeschlagen wird und man bisher den Geschäftsbericht im April publiziert hat, jetzt noch einen zweiten Bericht zu erstellen, ist dem Votanten schleierhaft. Eine Frist hält man nämlich ein, wenn man etwas vor dem letzten Tag einreicht und nicht am letzten Tag. Man müsste also aus Sicht seiner Fraktion nicht nochmals einen anderen Bericht bringen. Die Anmerkungen seines Vorredners findet der Votant nicht grundsätzlich falsch. Allerdings gibt die vorgeschlagene Formulierung nicht an, wie ausführlich und umfassend der Geschäftsbericht sein muss. Die Meinung der Motion war lediglich, diesen Geschäftsbericht verbindlich zu verankern. Die Grüne/EVP stimmt der Überweisung der Motion zu.

Rahel Amacker, Mitte/GLP informiert, die Mitte/GLP spreche sich für die Überweisung der Motion aus. Sie schafft Transparenz und der Einwohnerrat kann dadurch seine Aufsichtspflicht besser wahrnehmen. Es geht nicht darum, von den einzelnen Behörden sporadisch einen Bericht über ihre Tätigkeiten einzufordern, sondern eine klare und einfache Regelung zu schaffen, die sicherstellt, dass die betroffenen Behörden einmal im Jahr über ihre Tätigkeiten Bericht erstatten. Das schafft nicht nur Transparenz, sondern bietet auch die Möglichkeit zu Reflexion über die eigene Arbeit in den Behörden. Diese Berichterstattung darf auch kurzgehalten werden.

Richard Bräunlich, SP führt aus, in der Motion gehe es um die beiden Punkte, zu denen man nun bereits verschiedene Argumente gehört hat. Die SP hat dies ebenfalls diskutiert und ist zum Schluss gekommen, dass man die Verordnung nicht um diese beiden Punkte ergänzen muss. Der Gemeinderat erstellt bereits heute einen Bericht. Dieser ist aus Sicht der Fraktion ausführlich genug. Falls der Bericht in einzelnen Punkten unklar wäre, hätte die GRPK heute schon die Möglichkeit, weitere Informationen einzufordern. Zu Punkt zwei: Es ist in Ordnung, dass die Behörden einen Bericht erstellen, aber dafür müsste man nicht unbedingt das Verwaltungs- und Organisationsreglement ändern. Der Einwohnerrat könnte das auch so bestimmen, den Behörden mitteilen und dann könnten diese den Bericht schreiben. Daher findet die SP dies nicht unbedingt nötig.

Christoph Daniel Maier, FDP hat den Eindruck, der Gemeinderat unterliege in seiner Ablehnung dieser Motion im Wesentlichen einem Missverständnis. Der erste Teil der Forderung kodifiziert im Grunde nur,

was heute bereits der Geschäftsbericht ist, den der Einwohnerrat jedes Jahr zusammen mit der Rechnung vorgelegt bekommt. Der zweite Teil betrifft die Berichterstattung der gewählten Behörden, die bisher nicht vorhanden ist. Wie Thomas Schwarb ausgeführt hat, wäre es sinnvoll, wenn man eine solche Berichterstattungspflicht gesetzlich verankern würde. Dann wissen die entsprechenden Kommissionen bzw. Behörden auch, was von ihnen in Zukunft verlangt wird. Tatsache ist, dass es heute keine Berichterstattung dieser gewählten Behörden gibt. Selbstverständlich ist auch klar, aber das geht an der Sache vorbei, dass eine GRPK jederzeit Berichte verlangen kann. Aber solche sporadischen Berichte sind etwas ganz Anderes, wie wenn man in einer klaren Form Transparenz schafft mit derartigen Berichterstattungen der Behörden.

In diesem Sinn scheint es ihm, dass das Missverständnis einfach geklärt werden kann. Es geht nicht darum, einen neuen Bericht zu bekommen, sondern es ist der Bericht, den der Rat bereits erhält. Er wird in der Systematik einfach auf die gleiche Stufe gestellt, wie die Berichte der anderen Behörden, die vom Einwohnerrat gewählt wurden. Die GRPK hat sich hier, man darf ja von Nachbargemeinden auch etwas lernen, an der Regelung von Allschwil orientiert. Die Kommission hat also gar nichts Neues erfunden. Sie erwartet auch, wie sie bereits im Motionstext klargemacht hat, nicht mehr als das, was die Schwesterbehörde in der Nachbargemeinde auch erhält: Eine einseitige Berichterstattung z.B. vom Primarschulrat, in welcher festgehalten wird, wie viele Sitzungen stattgefunden haben, was die Hauptthemen waren etc. und was die Behörde im Speziellen beschäftigt hat. Das würde schon ganz viel dazu beitragen, dass der Rat die von ihm gewünschte Transparenz in Zukunft erhält. Die FDP spricht sich für die Überweisung der Motion aus.

Gemeindepräsidentin a.i. Caroline Rietschi, SP bedankt sich für die Ausführungen. Vielleicht hat der Gemeinderat den ersten Teil der Motion tatsächlich anders verstanden, als er gemeint war. Vielleicht muss man nächstes Mal zusammensitzen, um zu klären was gemeint ist und was verstanden wird, bevor der Gemeinderat dazu Stellung nimmt. In der Vorlage steht auch, dass der Gemeinderat das Anliegen absolut nachvollziehen kann. Er war einfach der Meinung, dass man dies auch ohne Reglementsanpassung machen kann. Es geht vielleicht auch etwas darum, dass man sich nicht immer nur über die Überreglementierung aufregt, sondern dann, wenn es nicht nötig ist auch einmal auf eine Reglementsanpassung verzichtet. Aber wenn es dem Einwohnerrat ein Wunsch ist, ist es sowieso in seinen Händen. Dann kann er die Motion überweisen und der Gemeinderat wird einen entsprechenden Vorschlag machen. Der Gemeinderat fand wie gesagt, es sei auch ohne möglich, aber es ist letztlich in der Entscheidung des Rats.

ABSTIMMUNG

Überweisung Motion: 31 JA / 8 NEIN (Abstimmung 10)

BESCHLUSS

://: Die Motion wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 7

Nr. 168

Interpellation S. Hauri, Grüne/EVP: Freiraum im Zentrum

Präsident Roman Oberli, SVP fragt die Interpellantin, ob sie von der Antwort des Gemeinderates befriedigt ist oder ob sie Diskussion wünscht.

Interpellantin Sirin Hauri, Grüne/EVP möchte Diskussion.

ABSTIMMUNG

Diskussion: 37 JA / 1 NEIN / eine Enthaltung (Abstimmung 11)

BESCHLUSS

://: Diskussion wird beschlossen.

DISKUSSION

Interpellantin Sirin Hauri, Grüne/EVP dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung der Interpellation. Es ist klar, dass der Freiraum im Dorfzentrum ein sehr knappes Gut ist und nicht so einfach ersetzt werden kann. Daher ist es sicher auch gut, dass die verschiedenen Nutzergruppen bei der Planung befragt wurden. Es gibt aber auch sehr viel unstrukturierte Nutzung dieses Raums und diese ist genauso wichtig für die Bevölkerung. Die Rednerin hat gesehen, dass es von Seiten der Gemeinde gute Ideen gibt, wie der knappe Raum kreativ genutzt werden könnte. Das ist sicher für gewisse Gruppen attraktiv, kann aber natürlich nicht das Bedürfnis nach Raum zum Verweilen, frei Spielen oder Zuschauen ersetzen. Auf zwei Details möchte sie noch eingehen. Für die meisten braucht es natürlich keinen Spielplatz im Schlosspark. Es gibt dort ja Hügel zum Herunterrutschen, Bäume zum Klettern und eine Rasenfläche. Aber was es vielleicht zusätzlich braucht, ist die Akzeptanz, dass dieser Freiraum knapp ist und dass speziell Personen mit einem nicht so grossen Radius diesen nutzen dürfen, dort wo er noch vorhanden ist.

Das zweite ist, dass gerade für Kinder der Robinsonspielplatz sehr wertvoll ist. Momentan ist er am Sonntag und in den grossen Ferien nicht offen, da dann Lager stattfinden. Am Morgen wird er teilweise geöffnet. Die Votantin weiss nicht, ob der Bedarf dann wirklich so viel grösser ist. Aber wenn der Dorfplatz mehrheitlich nicht nutzbar sein wird, sollte eine Erweiterung der Öffnungszeiten aus ihrer Sicht geprüft werden, wie auch im Bericht erwähnt. Wenn es keine niederschwellige, in kurzer Zeit erreichbare Fläche zum Spielen gibt, werden einige Kinder wohl vermehrt zu Hause bleiben müssen, was sich negativ auf ihre Gesundheit und ihr Wohlbefinden auswirkt. Die Interpellantin ist gespannt, ob es sonst noch Ideen gibt, wie die lange Bauperiode überbrückt werden kann.

Karin Glaser, Grüne/EVP fehlt auf der Liste der Freiräume die Schutzmatten. Dieser Raum ist zwar nicht öffentlich, vielleicht könnte man ihn aber öffentlich machen. Dort ist die KIMI Krippe eingemietet, aber sie hat noch nie ein Kind im Garten spielen sehen. Es ist ein super Garten mit einem tollen Spielplatz, auf dem sie noch nie ein Kind spielen gesehen hat und sie geht dort oft vorbei zwischen halb zwei und drei Uhr mittags. Vielleicht gäbe es Möglichkeiten, dass man diesen Platz tatsächlich zur öffentlichen Nutzung einbauen könnte, denn es ist schade. Der Garten ist toll und in der Nähe des Ortes, wo jetzt durch die Bauphase freier Spielraum abhandenkommt.

Gemeinderat Daniel Nyffenegger, FDP bedankt sich für die Fragen, die gestellt wurden. Er findet den Bericht, den der Gemeinderat geliefert hat, ziemlich ausführlich und beschreibt die Situation, die während dieser Bauphase existiert. Man muss auch einmal bereit sein, auf gewisse Sachen zeitweise zu verzichten. Er möchte darauf hinweisen, dass erst vor kurzer Zeit der Neusatzspielplatz erweitert und grosszügig ausgerüstet wurde. Dort oben wurde eine Street Soccer Anlage aufgebaut usw. Im Mühlemattschulhaus wurde ein sehr schöner Spielplatz realisiert, sogar mit einer Kletterwand. Dort wurden neuzeitliche Ideen umgesetzt. Der Dank geht an seine Gemeinderatskollegin Rahel Bänziger. Es gibt auch noch andere Möglichkeiten. Er hat es bereits vorhin beim Thema Zivilschutzanlage mit dem Rasen erwähnt. Vor allem am Standort Margarethen gibt es 200 Kinder, die man verschieben muss. Die sind jede Woche dort und werden betreut. Das ist auch ein wesentlicher Beitrag zur Integration. Es ist das Problem, das man hat. Zu den Schutzmatten kann sich der Redner nicht äussern. Er kennt die dortigen Verhältnisse

nicht. Hinsichtlich dem Jugendhaus und dem Robi-Spielplatz: Wenn man die Öffnungszeiten erweitern möchte, kann man dies machen, aber es braucht Ressourcen, personell und finanziell.

Der zuständige Gemeinderat sieht momentan keine Lösung, ausser auf die Möglichkeiten hinzuweisen, die jetzt auch zusätzlich geschaffen wurden. Der Schlosspark wird sehr geschätzt, weil er offen ist. Man kann sich dort aufhalten. Aber auch dort noch einen Spielplatz zu bauen, ist sehr fraglich. Es gibt ja nicht nur die 1. August-Feier oder das Stimmen Festival, sondern in dieser Übergangszeit wird auch der Frühlingsmarkt, der heute im Zentrum stattfindet, im Schlosspark durchgeführt. Es werden dort auch der Weihnachtsmarkt, die Sternennacht usw. durchgeführt. Das sind grössere Anlässe nebst eventuellen Konzerten. Der Votant möchte daran erinnern, dass auch die Bürgergemeinde jedes Jahr ein Freilichtkonzert dort stiftet. Das beisst sich etwas. Es ist nicht harmonisch als Begegnungsort dort unten. Aber der Gemeinderat nimmt es gerne auf und schaut, ob er noch Möglichkeiten sieht. Auch für die Kinder, die man verschieben muss, ist noch nicht alles geregelt. Auf dem Spiegelfeld, wo man Plätze hat, werden gewisse Massnahmen getroffen, damit man die Jungen dahin schicken kann. Mehr kann der zuständige Gemeinderat heute nicht dazu sagen.

Interpellantin Sirin Hauri, Grüne/EVP geht es um die Kinder, die nicht mit den Eltern zusammen auf die anderen Spielplätze gehen können, die Kinder, die alleine in der Nähe irgendwohin gehen sollen.

ABSTIMMUNG

Kenntnisnahme.

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von den Antworten des Gemeinderates zur Interpellation.

Traktandum 8

Nr. 170

Interpellation D. Zimmermann, FDP: Generalplaner - Chancen und Risiken?

Präsident Roman Oberli, SVP fragt den Interpellanten, ob er von der Antwort des Gemeinderates befriedigt ist oder Diskussion wünscht.

Interpellant Daniel Zimmermann, FDP dankt dem Gemeinderat für den Bericht und ist mit den Antworten überhaupt nicht zufrieden. Der Gemeinderat geht auf die konkreten Fragen des Interpellanten nur teilweise ein und beschreibt ganz einfach die Definition. Diese kann man aber auch auf Wikipedia nachlesen. Er verlangt Diskussion und würde dem Gemeinderat gerne noch ein paar Fragen stellen.

ABSTIMMUNG

Diskussion: 37 JA / 1 NEIN / eine Enthaltung (Abstimmung 12)

BESCHLUSS

://: Diskussion wird beschlossen.

DISKUSSION

Interpellant Daniel Zimmermann, FDP führt aus, der Gemeinderat habe zum Interpellationsthema «Chancen und Risiko» geschrieben, dass er hinter dem Modell eigentlich nur Vorteile sehe. Das kann man zu Recht so ansehen und letztlich auch in gewissen Äusserungen des Gemeinderats dahinterstehen. Dem Redner ging es aber darum, vom Gemeinderat zu erfahren, wie die Situation in Bezug auf die Risiken aussieht. Man weiss, dass solche Generalplanermodelle in letzter Zeit im Kanton Baselland und letztlich auch in Basel-Stadt mit ganz grossen Projekten nicht ganz so glücklich geendet haben, v.a. wenn es um Mehrkosten oder Haftungsfragen ging. Ihm ist bewusst, dass in Binningen nicht viele Projekte anstehen, wo man ein solches Modell anwenden kann. Vielleicht fragt sich hier auch, ob es in der Grössenordnung, in der Binningen baut, überhaupt sinnvoll ist. Aber das muss der Gemeinderat selber überlegen. Dem Interpellanten geht es darum, dass man diese Risiken etwas genauer erläutert. Er hat dem zuständigen Gemeinderat einige Fragen dazu gestellt, die er hier auch vorlesen kann und bittet ihn, zu diesen Fragen ein paar konkrete Informationen zu geben.

1. Wieso soll man mit einem Generalplaner-Modell finanzielle Risiken minimieren können und welche sind das? 2. Die terminlichen Risiken können bei diesem Modell vermieden werden. Das wird nicht verstanden. 3. Der Gemeinderat sagt, dass er Verantwortung delegiert. Seine Frage lautet: Kann man Verantwortung delegieren? Für den Redner ist klar, dass man Bauleistungen delegieren kann, aber sicher nicht Verantwortung, die der Bauherr tragen muss. 4. Letztlich geht es auch um die Einflussnahme bei einem solchen Werk. Wenn man ein Werk beschreibt, das man zu einem fixen Preis kaufen will, ist man letztlich auch gebunden, das Werk so zu übernehmen, wie man es bestellt hat. Man hat also keine grosse Einflussnahme auf irgendwelche Änderungen oder Anpassungen. 5. Hier geht es um die Frage des geringfügigen Honorars, welches der Gemeinderat erwähnt. Er schreibt von 5 bis 7 Prozent Zusatzhonorar. Das sind bei einem durchschnittlichen Projekt von 25 Mio. Franken, 1.2 Mio. Franken Mehrkosten, die er für die externe Dienstleistung, die er einkauft, bezahlen muss. Das ist ein relativ grosser und stolzer Betrag. Er möchte vom Gemeinderat wissen, wieso er das so ansetzen will. Er könnte für das Geld auch neue Stellen schaffen, die nachhaltiger mit ihrem KnowHow bei zukünftigen Projekten einen Beitrag leisten könnten. Der Interpellant dankt dem Gemeinderat für die Stellungnahme.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP bedankt sich für die Fragen. Diese sind kurz vor der Sitzung eingegangen. Der Gemeinderat und die Verwaltung nehmen die Fragen gerne entgegen und werden diese an einer nächsten Einwohnerratssitzung beantworten. Das Thema ist zu wichtig, um spontan, mündlich Stellung zu nehmen. Daher bittet er um Kenntnisnahme, dass dies in einer nächsten Sitzung beantwortet wird.

ABSTIMMUNG

Kenntnisnahme.

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat nimmt die Antworten des Gemeinderats zur Kenntnis.

Traktandum 9

Nr. 174

Interpellation Th. Häfele, FDP: Sportplätze in Binningen heute und in Zukunft

Präsident Roman Oberli, SVP fragt den Interpellanten, ob er von der Antwort des Gemeinderates befriedigt ist oder ob er Diskussion wünscht.

Interpellant Thomas Häfele, FDP dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung der Fragen. Er wünscht zum aktuellen Zeitpunkt keine weitere Diskussion.

ABSTIMMUNG

Kenntnisnahme.

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von den Antworten des Gemeinderates zur Interpellation.

Traktandum 10

Diversa

Einwohnerratspräsident Roman Oberli, SVP darf an dieser Stelle die Verabschiedungen vornehmen. Wie eingangs erwähnt handelt es sich um fünf Personen. Anfangen möchte er bei Carole Inäbnit. Sie war seit August 2021 Einwohnerrätin, Ersatzmitglied der GRPK und Mitglied des Wahlbüros. Er dankt ihr für die positive Zusammenarbeit in diesen Gremien, wünscht ihr alles Gute auf ihrem weiteren Weg und vor allem viel Spass bei ihrem Austauschsemester. Er rät ihr, es zu geniessen und sich darauf zu freuen. *[Applaus]*

Als zweites möchte der Präsident Jürg Blaser verabschieden. Er war seit Juli 2011 Mitglied des Einwohnerrats und hat dabei auch als stellvertretendes Mitglied der GRPK und der BPK, sowie von 2012-2014 als ständiges Mitglied der GRPK und ebenfalls 2012 als Mitglied in der SpezKo Schulraumplanung mitgewirkt. Er dankt ihm für die fast 12 Jahre Einsatz in der Binninger Politlandschaft und wünscht ihm eine erfolgreiche Zukunft. *[Applaus]*

Als nächstes darf der Votant Susanna Keller verabschieden. Sie war seit Juli 2009 im Einwohnerrat dabei und hat somit fast das Maximum an Amtsjahren in Binningen erreicht. In dieser Zeit konnte sie diverse Funktionen einnehmen. Hervorheben möchte er das Engagement als Präsidentin der Sozialhilfebehörde und der SpezKo Personalrecht, sowie das Vize-Präsidium der SpezKo Versorgungsregion ABS und natürlich das Präsidium des Einwohnerrats, welches sie im Amtsjahr 2019/2020 inne hatte. Mit ihr geht dem Einwohnerrat gewiss ein geballter Wissensschatz verloren, dafür kann sie diesen jetzt im Landrat einbringen. Er wünscht ihr weiterhin nur das Beste auf ihrem Weg. *[Applaus]*

Nun kommt der Präsident zur Verabschiedung von Daniel Zimmermann. Er hat seit Februar 2010 während vier Legislaturen im Binninger Einwohnerrat mitgewirkt und war dabei u.a. Mitglied der GRPK, BPK und der Spezialkommissionen Immobilien-Strategie, Kabelnetzreglement und Grüngutentsorgung. Letztere hat er als Präsident geleitet, genauso wie die BPK zwischen 2012 und 2020. Mit ihm geht auch einiges an Wissen insbesondere im Baubereich. Er dankt ihm für die konstruktive Zusammenarbeit über die Jahre und wünscht ihm alles Gute in seinem neuen Lebenskapitel. *[Applaus]*

Daniel Zimmermann, FDP bedankt sich für die freundlichen Worte. Er hat ganz unverhofft und spontan eine kleine Rede vorbereitet. Für ihn und seine Frau kommt ein neuer Lebensabschnitt und es ist nicht

ganz einfach, die schöne Gemeinde Binningen nach fast 45 Jahren zu verlassen. Man hat viele Beziehungen aufgebaut und Freunde gefunden in dieser langen Zeit, so auch in der Politik. Leider wurde dem Redner die politische Karriere als Bundesrat verwehrt, aber als Einwohnerrat war es in den letzten 15 Jahren fast so interessant. Für die vielen Diskussionen und Meinungsaustausche ist er den Anwesenden rückblickend sehr dankbar. Für ihn war das Politisieren in Binningen eine Lebensschule, wo man immer wieder etwas dazugelernt hat. Etwas wird ihm immer in Erinnerung bleiben: In Binningen hat man letztlich in den wichtigen Entscheiden im Parlament immer über alle politischen Meinungen hinweg Mehrheitsentscheide akzeptiert. Das ist in der heutigen Zeit nicht selbstverständlich. Für diese Erkenntnis und die interessante Zeit möchte er den Anwesenden danken und wünscht dem Einwohnerrat und dem Gemeinderat von Binningen für die Zukunft alles Gute. Zum Schluss möchte er noch erwähnen, dass man auch aus Reinach immer wieder auf Binningen schaut und man darf mit Stolz sagen, woher man kommt. Besten Dank und alles Gute. *[Applaus]*

Präsident Raman Oberli, SVP dankt Daniel Zimmermann für das Votum und darf last but not least Stefanie Glaser aus dem Rat verabschieden. Sie war seit November 2021 Einwohnerrätin und hat damit eine halbe Legislatur im Rat mitgewirkt. Er dankt ihr für ihre Voten und ihren Einsatz für die Gemeinde. Auch ihr wünscht er viel Erfolg auf ihrem weiteren Weg. *[Applaus]*

Gemeinderat Daniel Nyffenegger, FDP äussert, vielleicht haben es die Anwesenden gemerkt, dass die Gemeinde in der Energie nicht nur auf den Strassen Fortschritte macht. Beim Blick in den Saal merkt man, die Beleuchtung wurde auf LED umgestellt.

Der Präsident schliesst die Sitzung um 21.25 Uhr und dankt fürs Erscheinen.

ER-Sitzung vom 6. November 2023

			Gesch. Nr. 179			Gesch. Nr. 180	Gesch. Nr. 22		Gesch. Nr. 175	
			2	3	4	5	6	7	8	9
Nr.	Name	Fraktion	Ausstandspflicht Schulratsmitglieder	Erfahrungsbericht nach 4 Jahren	Festhalten an Schulratsmodell	Genehmigung Mutation Rümelinbach	Überweisung in GRPK	Genehmigung Schlussabrechnung ZSA Wassergraben	Änderung des Strassenreglements	Abschreibung dringliche Motion
1	Bertschi	EVP	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
2	Büschen	Grüne	Nein	Not voted	Not voted	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
3	Glaser K.	Grüne	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
4	Glaser P.	Grüne	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
5	Glaser S.	Grüne	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
6	Hauri S.	Grüne	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
7	Hauri U.	Grüne	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
8	Schwarb	Grüne	Nein	Ja	Ja	Ja	Not voted	Ja	Ja	Ja
9	Sutter Rehmann	Grüne	Nein	Enthaltung	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
10	Abt	SP	Nein	Enthaltung	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
11	Bräunlich	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
12	Büchelin	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
13	Lempert	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
14	Müller	SP	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
15	Noack	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
16	Schellenberg	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
17	Strondl	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
18	Vanoncini	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
19	Amacker	Mitte	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
20	Eldridge	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
21	Hafner	Mitte	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Not voted
22	Heim	Mitte	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
23	Frauchiger	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
24	Giani	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
25	Häfele	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
26	Inäbnit C.	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
27	Inäbnit S.	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
28	Lancashire	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
29	Maier	FDP	Nein	Enthaltung	Ja	Ja	Not voted	Ja	Ja	Ja
30	Schinzler	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
31	Setz	FDP	Nein	Enthaltung	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja
32	Treuthardt	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Not voted	Ja
33	Zimmermann	FDP	Nein	Enthaltung	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
34	Blaser	SVP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
35	Keller	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
36	Oberli	SVP	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja
37	Schmid Fabini	SVP	Enthaltung	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
38	Siegel	SVP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
39	Steffen	SVP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
40	Widmer	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja

TOTAL

Ja	6	26	36	39	9	32	38	38
Nein	28	5	0	0	27	6	0	0
Enthaltungen	3	5	0	0	1	1	0	0
	37	36	36	39	37	39	38	38

ER-Sitzung vom 6. November 2023

			Gesch. Nr. 162	Gesch. Nr. 168	Gesch. Nr. 170
			10	11	12
Nr.	Name	Fraktion	Überweisung Motion	Diskussion	Diskussion
1	Bertschi	EVP	Ja	Ja	Ja
2	Büschlen	Grüne	Ja	Ja	Ja
3	Glaser K.	Grüne	Ja	Ja	Ja
4	Glaser P.	Grüne	Ja	Ja	Ja
5	Glaser S.	Grüne	Ja	Ja	Ja
6	Hauri S.	Grüne	Ja	Ja	Ja
7	Hauri U.	Grüne	Ja	Ja	Ja
8	Schwarb	Grüne	Ja	Ja	Ja
9	Sutter Rehmann	Grüne	Ja	Ja	Ja
10	Abt	SP	Nein	Ja	Ja
11	Bräunlich	SP	Nein	Ja	Ja
12	Büchelin	SP	Nein	Ja	Ja
13	Lempert	SP	Nein	Ja	Ja
14	Müller	SP	Ja	Ja	Ja
15	Noack	SP	Nein	Ja	Ja
16	Schellenberg	SP	Nein	Ja	Ja
17	Strondl	SP	Nein	Ja	Ja
18	Vanoncini	SP	Nein	Ja	Ja
19	Amacker	Mitte	Ja	Ja	Ja
20	Eldridge	GLP	Ja	Enthaltung	Enthaltung
21	Hafner	Mitte	Ja	Ja	Ja
22	Heim	Mitte	Ja	Ja	Ja
23	Frauchiger	FDP	Ja	Ja	Ja
24	Giani	FDP	Ja	Ja	Ja
25	Häfele	FDP	Ja	Ja	Ja
26	Inäbnit C.	FDP	Ja	Ja	Ja
27	Inäbnit S.	FDP	Not voted	Not voted	Not voted
28	Lancashire	FDP	Ja	Ja	Ja
29	Maier	FDP	Ja	Ja	Ja
30	Schinzler	FDP	Ja	Ja	Ja
31	Setz	FDP	Ja	Ja	Ja
32	Treuthardt	FDP	Ja	Ja	Ja
33	Zimmermann	FDP	Ja	Ja	Ja
34	Blaser	SVP	Ja	Nein	Nein
35	Keller	SVP	Ja	Ja	Ja
36	Oberli	SVP	Ja	Ja	Ja
37	Schmid Fabini	SVP	Ja	Ja	Ja
38	Siegel	SVP	Ja	Ja	Ja
39	Steffen	SVP	Ja	Ja	Ja
40	Widmer	SVP	Ja	Ja	Ja

TOTAL

Ja	31	37	37
Nein	8	1	1
Enthaltungen	0	1	1
	39	39	39